

Was bringt uns die Sozialpartnerschaft noch?

Jedenfalls positiv (Pro)

Die Sozialpartnerschaft hat Zukunft und soll noch lange weiterbestehen: Die Meinung der Präsidenten von ÖGB, AK, WKÖ und LK sowie von deren JugendvertreterInnen kam wenig überraschend, wurde aber von WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Sparten untermauert. „Staaten mit hoher sozialpartnerschaftlicher Intensität weisen eine überdurchschnittliche makroökonomische Performance auf“, lautet das Ergebnis einer Studie von Silvia Rocha-Akis vom Wirtschaftsforschungsinstitut. „Unterm Strich ist die Sozialpartnerschaft auf jeden Fall positiv für das Land“, meint auch Friedrich Schneider, Professor an der Johannes Kepler Universität Linz.

Schneider betont allerdings auch Nachteile der Sozialpartnerschaft, etwa den Rent-Seeking-Effekt: Die Interessenvertretungen würden ihren politischen Einfluss dafür verwenden, eigene Vorteile auf Kosten anderer herauszuschlagen (Schneider: „Zum Beispiel die Landwirte für sich“), was für die Allgemeinheit wiederum negative Folgen haben könne.

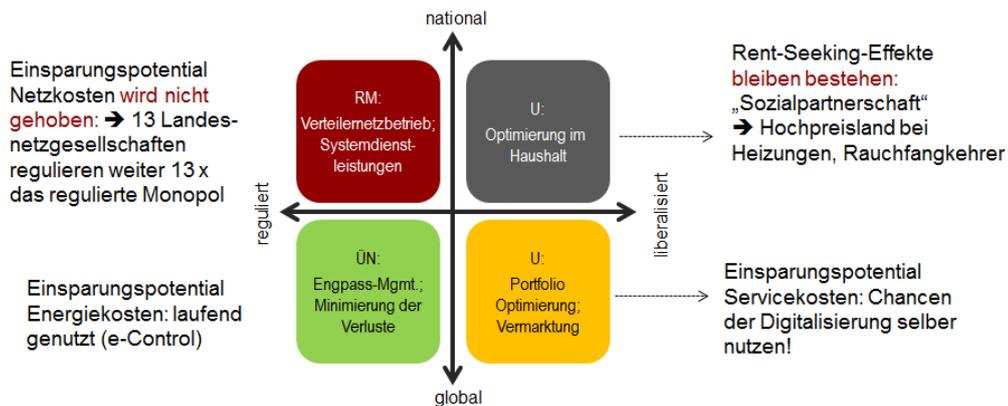
Laut WKÖ-Präsident Christoph Leitl werden die Sozialpartner in Zukunft auch auf europäischer Ebene eine maßgebliche Rolle spielen, wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa geht: „Das Match wird lauten: USA gegen China – und gegen Europa. Dabei können wir nur durch Qualifikation, Innovation und Geschwindigkeit punkten. Wir müssen die Sozialpartnerschaft in Europa auf eine breite Basis stellen, um hier punkten zu können.“ Und auch Erich Foglar sieht Handlungsbedarf in Brüssel: „Auf EU-Ebene fehlen noch viele Voraussetzungen gesetzlicher Art, die nötig wären, damit Sozialpartnerschaft funktionieren kann.“ - *schreibt Florian Kräftner in Arbeit & Wirtschaft am 15.11.2014*

Die Kritik an der Sozialpartnerschaft ist schärfer geworden (Kontra)

Überleben kann sie längerfristig wohl nur, wenn sie grundlegend reformiert wird. Der österreichischen Sozialpartnerschaft geht es ähnlich wie der österreichischen Neutralität. Ihre Bedeutung und ihre Verdienste in der Vergangenheit sind allgemein anerkannt, wengleich auch möglicherweise überschätzt, wie kritische Geister anmerken. Aktuelle und zukunftsbesorgte Beurteilungen klingen dagegen weniger freundlich: retro, erstarrt, visionslos, von den europäischen und globalen Entwicklungen überrollt und überholt und den vor uns stehenden Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht gewachsen. Kurz gesagt, die Sozialpartnerschaft habe sich von einem Gewinn für die österreichische Wirtschaft zu einer Belastung gewandelt - *schreibt Dr. Erhard Fürst in der „Die Presse“ am 04.01.2018.*

Die enge Verflechtung der Sozialpartnerinstitutionen mit einer der beiden langjährigen Regierungsparteien ÖVP (Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer) und SPÖ (Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund) führt oft zu suboptimalen Entscheidungen für die Allgemeinheit, die lange nachwirken – z.B. bei der **Energiemarktliberalisierung 2001**:

Resümee Energiemarktliberalisierung

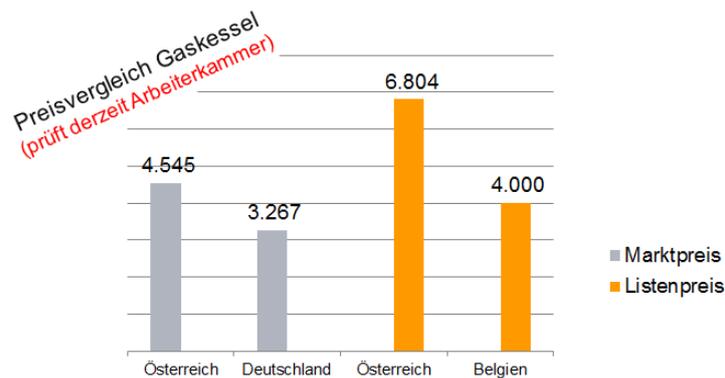


In Anlehnung an SWECCO, 2015

Regulierungen für:
Systemebene → Übertragungsnetzbetreiber (ÜN)
Regionale Energiemarkt → Verteilernetzbetreiber (RM)

Liberalisierte Märkte: Unternehmen (U) sollen nach
privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Gesetzen agieren,
werden aber von der Bürokratie behindert

Heizungshandel



Bürokratie bringt nur dem Importeur Gewinn

Zerbröckelnder Grundkonsens (Realität)

meine Sicht vom Rauchfangkehrer Kartell in Anlehnung an Fürst:

Globalisierung und europäische Integration haben wichtige Bereiche der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik der nationalen Kontrolle entzogen und damit auch der Sozialpartnerschaft – und so deren Geschäftsgrundlage massiv verändert.

Der klassische sozialpartnerschaftliche „ich gebe, damit du gibst“-Kompromiss lässt sich am Beispiel Energiepolitik / Klimawandel immer weniger vereinbaren, denn was bekommt die AK dafür, wenn sie zulässt, dass die Konsumenten hohe Rauchfangkehrer-Tarife zahlen müssen, oder ihre Heizgeräte um 40 Prozent teurer als in Deutschland oder Belgien sind? **Und vor allem, warum unterstützt sie im Zeitalter von Wärmepumpen noch immer ein Gesetz, das die Kehrgebiete zu Lasten der Allgemeinheit verschenkt?**

Der Grundkonsens über die längerfristigen existenziellen Prioritäten für den Wirtschaftsstandort Österreich zerbröckelt zusehends. Das spiegelt sich auch im Bedeutungsverlust der Arbeiterkammer bei den Tarifverordnungen für Rauchfangkehrer wider. Aber auch innerhalb der AK durch Missachtung des Konsumentenschutzes, der unfruchtbaren Kritik in Broschüren/Zeitungen/Rauchfangkehrer-Fibeln und nicht zuletzt in der Verschleppung von Innovationen bzw. der Blockade notwendiger Strukturreformen. Diese betreffen im konkreten Fall vorwiegend die Bereiche Transparenz und Verteilungspolitik des Staates.

Ebenso negativ für Haushalte: Die Kosten für Rauchfangkehrer sind 09/2019 wegen einer alten Gewerbeordnung bis zu 200 Prozent gestiegen. In Salzburg haben nur noch 60 Prozent der Haushalte Rauchfänge, müssen aber 100 Prozent der Kehrbezirke aus dem Kohlezeitalter erhalten. Das entspricht exakt dem „Rent-Seeking-Effekt“ einer Interessensgruppe, die ihr Einkommen erzielen, ohne dass eine entsprechende produktive Leistung gegenüber steht und von der Allgemeinheit bezahlt werden. Also: Was bringt eine Sozialpartnerschaft, die schiefe Ebenen zulässt und nur auf die eigenen Funktionäre schaut?



Rauchfangkehrer-Gewerbe

Legislative

- rückläufiges Arbeitsvolumen (Energiepolitik und Technologie)
 - gleichbleibende Anzahl von Kehrbezirken (Gebietsschutz)
-
- die Tarife werden zwangsläufig höher (Existenzsicherung)



Verwaltung

- steuerähnliches Tarif-System (willkürliche Gestaltung der Länder, keine Kontrolle)
 - Transition Management durch Auftragnehmer-Innung (Marktmissbrauch)
-
- Politische Rente (Nettowohlfahrtsverluste)

Aber die „Fouls“ mehren sich

Darauf fokussiert sich die aktuelle Kritik an der Sozialpartnerschaft und mündet in die Forderung nach ihrem Umbau zu einer „Zukunftspartnerschaft“. Deren Kernaufgabe müsste es sein, an der Konzeption und der Umsetzung einer breit angelegten Reformagenda für den Wirtschaftsstandort mitzuwirken und damit das österreichische Wirtschafts- und Sozialsystem langfristig abzusichern.

Stattdessen mehren sich in jüngster Zeit die „Fouls“ innerhalb der Sozialpartnerschaft, wie etwa in Salzburg, wo die AK zu den Tarifgesprächen der Rauchfangkehrer gar nicht eingeladen sondern erst von den Medien informiert wurde.

Wer verschafft Österreich ein Update?

Die aktuelle Diskussion über die Reform der Sozialpartnerschaft wird vorwiegend über eine geringere Beitragshöhe oder die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft geführt. Wie auch immer: wichtig ist es, die institutionelle und personale Verwobenheit zwischen den einzelnen Sozialpartnerinstitutionen und den politischen Parteien und Einrichtungen massiv zurückzudrängen. Das ist im ursächlichen Interesse der politischen Parteien, denn die kriegen ja gar nicht mit, warum sie sukzessive abgewählt werden, denn jedes neue Programm wird aus Bequemlichkeit von der Sozialpartnerschaft gar nicht transportiert.

Ich glaube weder Kurz noch Rendi Wagner haben die Kraft eine Reform der Kammern herbei zu führen, das muss ein Kraftakt der gesamten Legislative sein inklusive der Presse, die dabei für gute Aufklärung sorgen soll.
Aber zumindest beim Rauchfangkehrer-Kartell bin ich mir sicher, dass bald unabhängige Experten das Transition Management durchführen werden und nicht mehr die Sozialpartner, die in Wahrheit nur mehr die eigenen „Pfründe“ verteidigen.